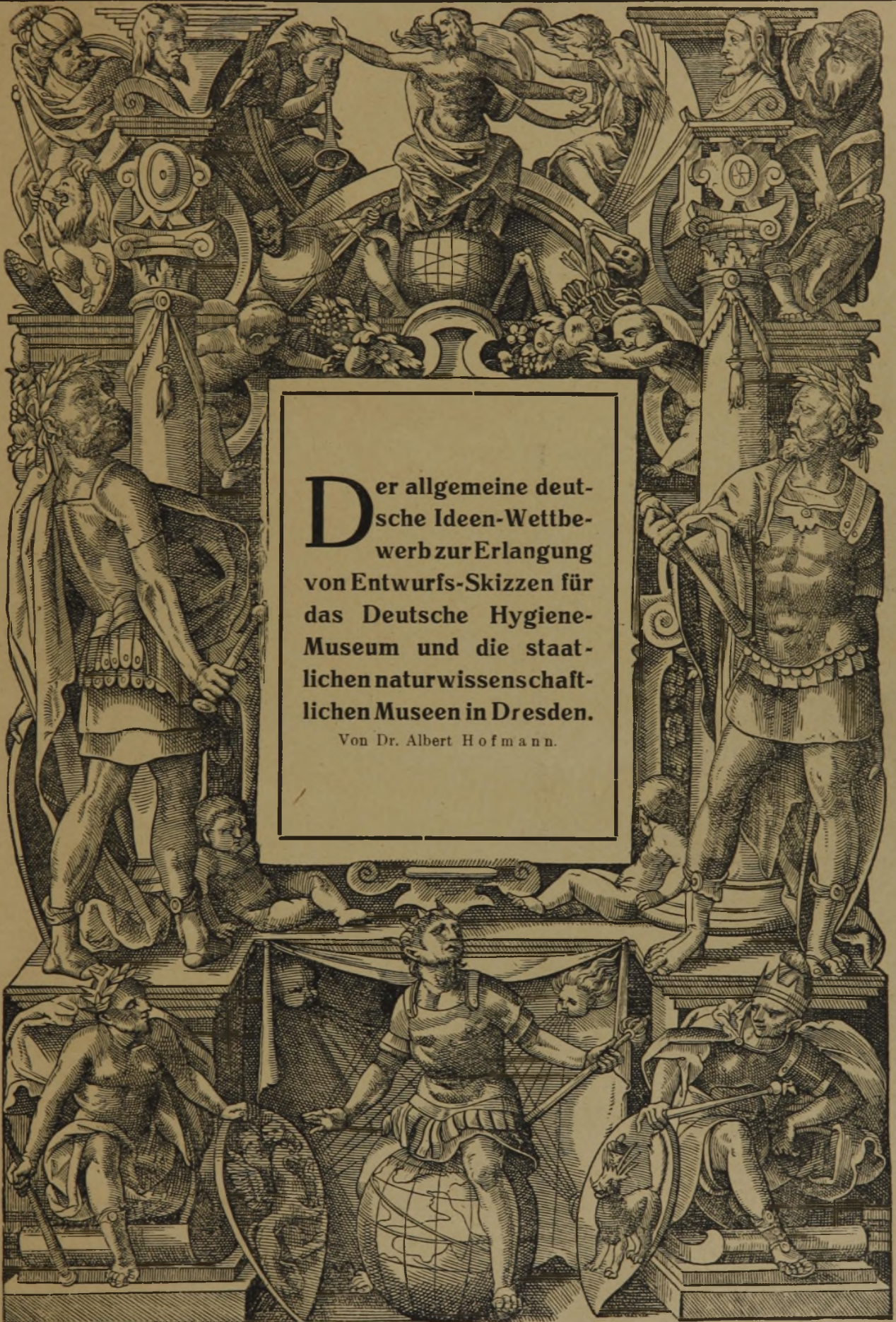


# DEUTSCHE BAUZEITUNG

55. JAHRGANG. \* NO 1. \* BERLIN, DEN 5. JANUAR 1921.



**D**er allgemeine deutsche Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwurfs-Skizzen für das Deutsche Hygiene-Museum und die staatlichen naturwissenschaftlichen Museen in Dresden.

Von Dr. Albert Hofmann.



Blick vom Turm des Fernheizwerkes in Dresden auf den Zwinger.



rotz aller politischen Wirren, die unseren Staatskörper noch heimsuchen, und trotz der konvulsivischen sozialen Zuckungen, von denen der Volkskörper in Deutschland auch jetzt noch gerüttelt wird, hat man doch an vielen Stellen des Deutschen Reiches den Glauben an eine bessere Zukunft unseres deutschen Vater-

landes nicht verloren und nährt in zunehmendem Maß wieder die Hoffnung, daß Deutschland aus der Katastrophe des verlorenen Krieges als ein neues, verjüngtes und erstarktes Staatsgebilde und als ein Kulturreich von vertiefter Geistesbildung hervor gehen werde. Man glaubt noch an das zuversichtliche Wort Jean Paul's, der sprach: „Es wird auch diese Zeit ihre Sonnenwende finden. Das Menschenherz verstäubt, aber nie sein Ziel. Wie nach den Naturkündigern ein ganzes Pflanzen- und Tierreich niederschlagen mußte als Blumenerde und Unterlage für das Menschenreich: so ist die Asche der schlimmsten Zeiten das Düngesalz der bessern“. Das sprach der, der „so viel Gold besaß als andere Zinn“. In dieser Erwartung blickt man zwar nicht überschwänglich hoffnungsfreudig und hoffnungsfroh, aber doch mit ruhiger, ernster Zuversicht in die Zukunft und entschließt sich wieder zu Unternehmungen neu erwachender Kultur-Tätigkeit, deren Gelingen man mit berechtigtem Sehnen teilnahmsvoll begleitet. Zu den Kultur-Mittelpunkten, in denen so auf den Trümmern einer abgestorbenen Periode neues Leben zu sprießen beginnt, zählt auch die sächsische Hauptstadt an der Elbe, die unter dem Krieg und seinen Folgen verhältnismäßig wenig gelitten hat und in der mit neuer Kraft neue Unternehmungen zur Verwirklichung drängen. Eine solche unter manchen anderen ist der große, seit der Erbauung des Zwingers in Dresden in diesem Umfang nicht wiederholte Plan, eine Baugruppe zu schaffen, die das Deutsche Hygiene-Museum und die staatlichen naturwissenschaftlichen Sammlungen Sachsens aufzunehmen bestimmt ist. Der Ausgangspunkt dieses Gedankens geht bis in das Jahr 1911 zurück, als in Dresden die „Internationale Hygiene-Ausstellung“ mit größtem Erfolg abgehalten worden war. Sie war die Tat eines großen Mannes von kraftvollem Zielbewußtsein, der sich bereits im geschäftlichen Leben außerordentlich bewährt hatte, des Geheimen Rates und Dr. med. h. c. Otto Lingner. Sein Weitblick ließ es nicht zu, das wissenschaftliche und soziale Ergebnis die-

ser Ausstellung mit deren Schluß verrauschen zu sehen. Wie die Ausstellung den Gedanken gefestigt hatte, daß das Volk von der Notwendigkeit vermehrter und verbesserter Gesundheitspflege durchdrungen sein müsse, wenn es nicht zugrunde gehen wolle, so wollte er dem nunmehr im Volksbewußtsein lebenden Gedanken dadurch Dauer geben, daß in Dresden auf seine Anregung hin ein „Deutsches Hygiene-Museum“ geschaffen werden soll als Hüter und Förderer des Gedankens der Erstarbung und Gesundung des Volkes durch zielbewußte öffentliche Gesundheitspflege. Er begründete erfolgreich einen Verein mit dem Zweck der Errichtung und Unterhaltung des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden, sowie der Belehrung und Aufklärung des deutschen Volkes auf allen Gebieten der Gesundheitspflege. Lingner selbst stellte diesem Zweck große Mittel zur Verfügung. Das Museum soll nach den Satzungen dazu dienen, weiteste Kreise des Volkes über Bau und Wesen des menschlichen Körpers, über die Gefahren, die seine Gesundheit bedrohen, sowie über die Mittel zu deren Verhütung aufzuklären und so für den Einzelnen wie für die Gesamtheit die Grundlage einer verständigen Gesundheitspflege zu schaffen. Um ein tieferes Verständnis für die einschlägigen Fragen anzubahnen, sollte auch die geschichtliche Entwicklung der Gesundheitspflege bei den einzelnen Völkern von den niedrigsten bis zu den höchsten Kulturstufen Berücksichtigung finden. Als im Herbst 1911 die Hygiene-Ausstellung ihre Pforten schloß, mußten ihre Schätze zunächst in die Magazine wandern, bis das Ziel der Ausstellung in dem neuen Hygiene-Museum seine Fortsetzung finden konnte.

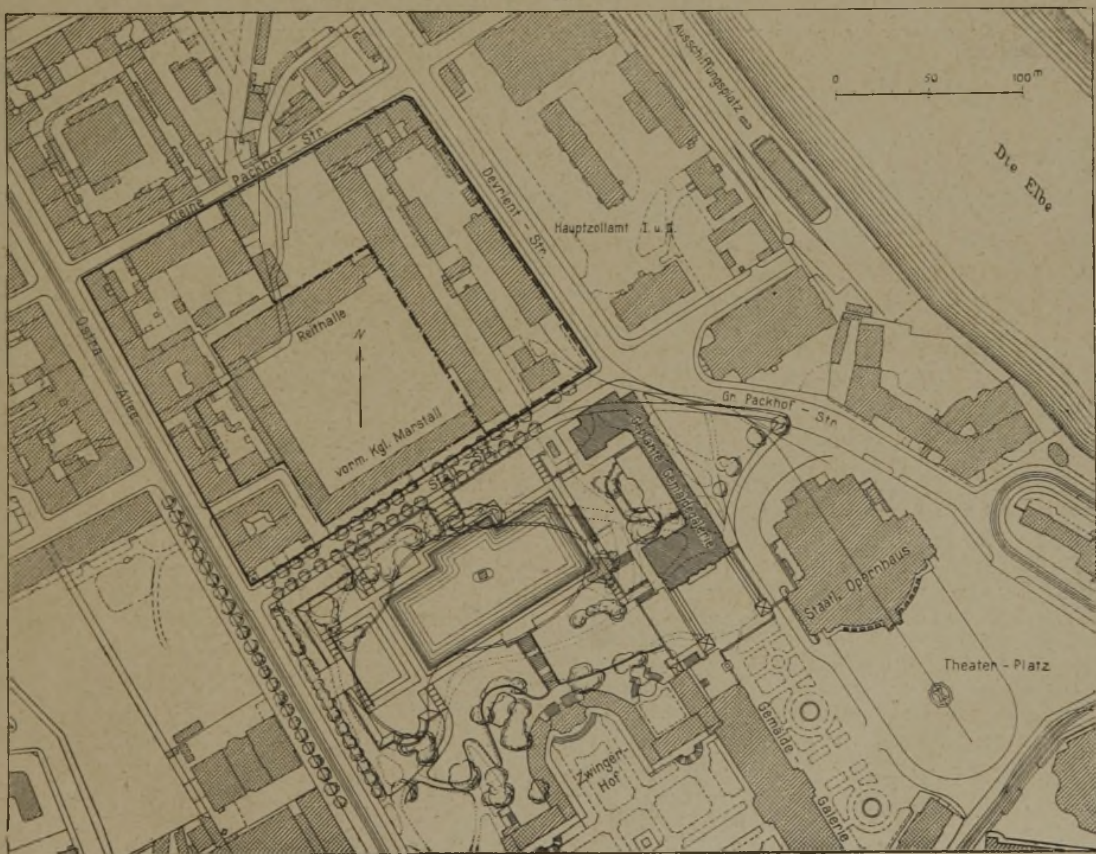
Die Arbeit der ersten Jahre galt der Ausgestaltung der Pläne für den in Aussicht genommenen Museumsbau und der Vervollkommnung der Darstellungstechnik. Es war der Gedanke Lingners, daß das Museum den weitesten Kreisen einen tiefen Einblick in den Bau und in die Lebensvorgänge des menschlichen Körpers vermitteln und einem Jeden die wunderbare Feinheit und Zweckmäßigkeit aller dieser Lebensvorgänge begreiflich machen und dadurch in ihm den ersten Willen erwecken sollte, durch gesundheitsmäßiges Verhalten den Bedürfnissen dieses lebendigen Wunderwerkes nach Kräften gerecht zu werden. In der Halle „Der Mensch“ hatte er auf der Ausstellung versucht, die Entwicklung, den Aufbau und die Lebensvorgänge des menschlichen Körpers wissenschaftlich und sinnfällig, zugleich aber auch für den einfachen Mann leicht verständlich darzustellen. Die Wirkung dieser Darbietungen war bei Laien und Fachleuten eine ganz außeror-

dentliche. Es war daher klar, daß eine solche Halle auch in dem geplanten neuen Museum einen oder den Hauptbestandteil bilden mußte. Die Vorarbeiten für das Museum waren im vollen Zug, als 1914 der Krieg ausbrach. Die Errichtung des Museumsbaues mußte nun auf unabsehbare Zeit verschoben werden. Zwar ruhten

nunmehr dazu, das große Ziel Lingners mit allen und erhöhten Kräften weiter zu verfolgen. Es wurde zwar zunächst in den 6 Jahren von 1914—1920 das Ausstellungswesen gepflegt, daneben wurden aber auch die Arbeiten für das Museum gefördert. Mehr als 60 Angestellte — Maler, Zeichner, Bildhauer, Präparatoren,



Blick vom Turm des Fernheizwerkes auf das Marstall-Gebäude in Dresden.



Lageplan des Marstall-Gebäudes mit seiner Umgebung.

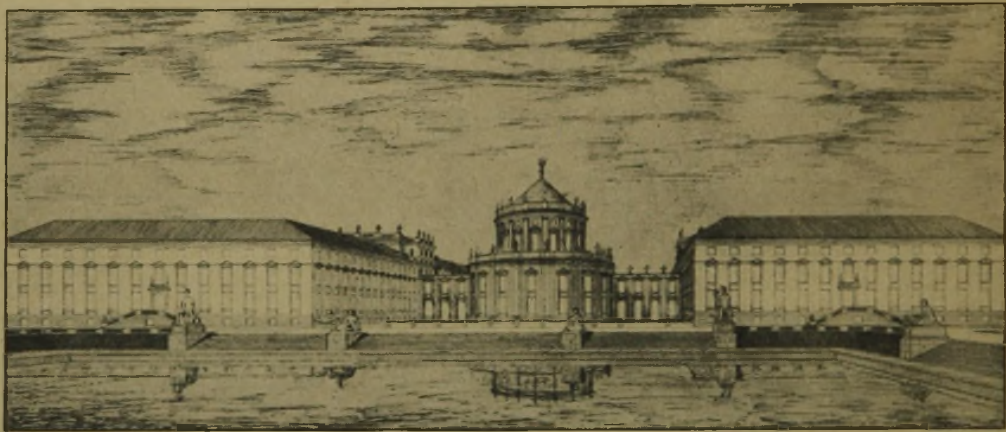
während des Krieges die Arbeiten des Museums nicht völlig, sodaß sie angesichts der unabsehbaren gesundheitlichen Folgen des Krieges ohne Schwierigkeit in verstärktem Maß wieder aufgenommen werden konnten. Zugleich aber zwangen die schweren gesundheitlichen Folge-Erscheinungen des Krieges nach Friedensschluß 5. Januar 1921.

Photographen, Handwerker, kaufmännische Angestellte und sonstige Hilfskräfte — sind unter der wissenschaftlichen Oberleitung des Regierungsrates Dr. med. Wotho und unter der geschäftlichen Leitung des Regierungsrates G. Seiring dauernd im Betrieb des Museums beschäftigt. Die schweren gesundheitlichen Kriegsfolgen

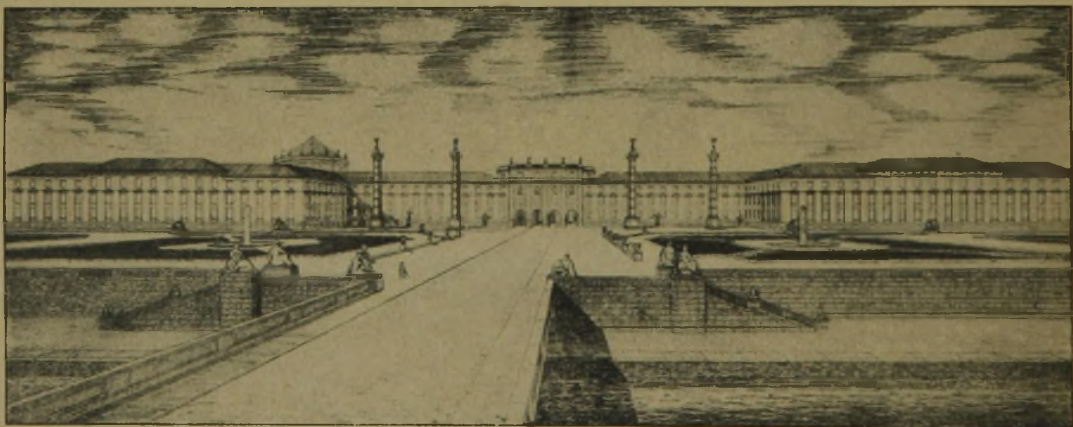
haben nun aber die Sorge für die Weiterentwicklung des Museums wesentlich verstärkt. Die Verwaltung schritt daher dazu, den Museumsbau selbst zu fördern. Sie schrieb daher im Mai des vergangenen Jahres den Wettbewerb aus, über dessen Ergebnis hier berichtet werden soll.

Ein grundlegender Umstand für diesen Wettbewerb waren die Platzwahl für das neue Museum und dessen zukünftige Umgebung, da beide die Gestaltung von Grund aus beeinflussen mußten. Es entspricht nur dem natürlichen Verlauf solcher Dinge, daß um die Wahl des Platzes für diese große Baugruppe auch in Dresden ein lebhafter Kampf der Meinungen entstand. Von verschiedenen Plätzen, die vorgeschlagen wurden, rangen schließlich noch zwei um die Entscheidung: das Gelände des alten königlichen Marstalles nördlich des Zwingers, und die Wiesenflächen vor dem Großen Garten, beiderseits der Johann-Georgen-Allee, ein Gelände,

hervor bringen können. Diese geschlossene, strenge Einheit kommt in einer Reihe sehr beachtenswerter Entwürfe des Wettbewerbes zu sprechendem Ausdruck. Der Wettbewerb hat aber auch Zweifel darüber aufkommen lassen, ob die neuen Bauten eine harmonische Nachbarschaft zur Gruppe der Zwingerbauten sein könnten. Die Zwingerbauten sind graziösestes Architekturwerk mit kleinsten, zerklüfteten Massen und gegenüber dem Kraftmeiertum der Architektur der verflorenen Tage fast baukünstlerische Filigranarbeit. Kann da die Erwartung gehegt werden, daß die Gruppe der geplanten Neubauten mit ihrem ersten Inhalt eine gute Nachbarschaft für das baukünstlerische Capriccio Pöppelmanns sein wird? Wer die weite Ausstellung der Pläne des Wettbewerbes durchwanderte, dem stiegen Zweifel auf. Der überwiegend magazinartige Charakter der Sammlungsstücke der beiden Museumsgruppen erfordert Baukörper von großem kubischem Inhalt, die selbst bei



Ansicht der Baugruppe vom Zwinger-Teich.



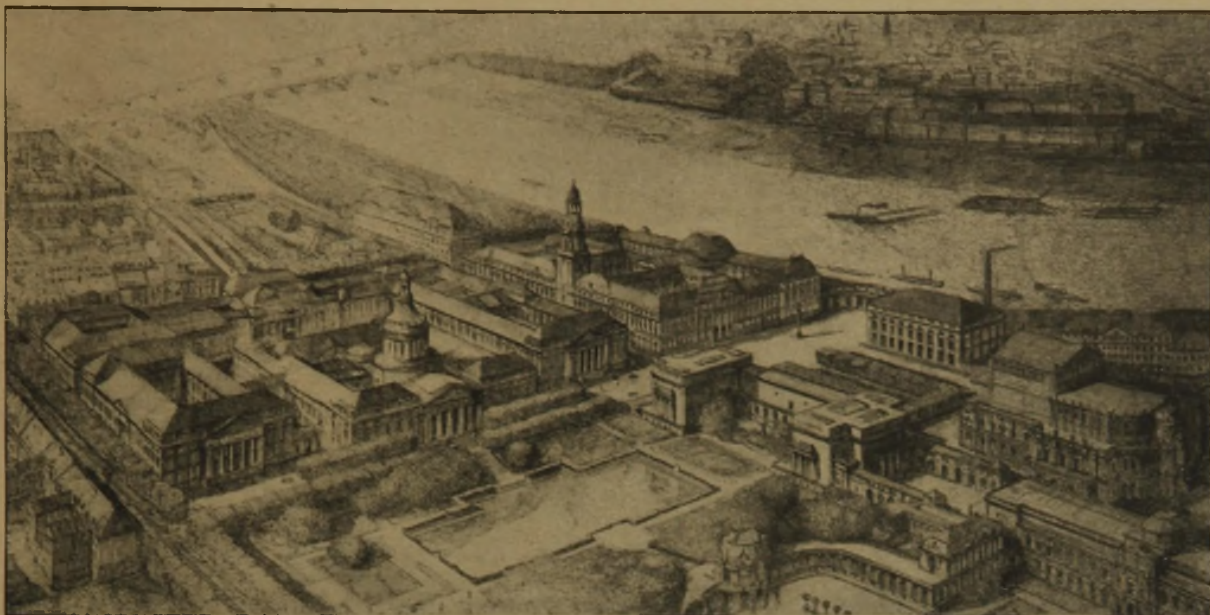
Ansicht einer Platz-Gestaltung gegen die Elbe mit Brücke zur Neustadt.  
Entwurf mit dem Kennzeichen zweier verschlungener Ringe. Verfasser: Architekt Franz Kuhn in Heidelberg.

das schon wiederholt für eine symmetrisch gelagerte monumentale Baugruppe die Phantasie der Baukünstler Dresdens lebhaft beschäftigt hatte. Den Sieg errang zunächst das Gelände nördlich des Zwingers; für dieses wurde der Wettbewerb erlassen, wohl seinem Inhalt nach der bedeutendste von allen, die seit dem Wettbewerb um das neue Reichstags-Gebäude in Berlin die deutschen Baukünstler beschäftigt haben. Die Aufgabe des Wettbewerbes betraf jedoch nicht allein das Deutsche Hygiene-Museum und seine Nebenbauten, sondern es wurden mit ihm — ein ausgezeichnete Gedanke — Neubauten für die naturwissenschaftlichen Sammlungen des sächsischen Staates verbunden, die bis heute in unzulänglichen Räumen des Zwingers, an anderen Stellen und in Magazinen ein mehr kryptogames und beschauliches als nutzbringendes Dasein führen. Es ergab sich so eine Gruppe von in sich getrennten Bauten, aber von Bauwerken mit einem einheitlichen Gedanken, der dem architektonischen Schaffen fruchtbringend entgegen kommen und Lösungen von geschlossener Einheit hätte

allem architektonischen Kunstaufwand in der körperlichen Teilung der geforderten Raummassen die Bauten des Zwingers nachteilig beeinflussen müssen. Das hat schon Gottfried Semper empfunden, als er die Gemälde-Galerie und die beiden Hoftheater schuf. Bei den drei Gebäuden gab er dem architektonischen Gerüst, so weit es möglich war, den kleinsten Maßstab. Wie klein sind bewußt die Verhältnisse am staatlichen Opernhaus, welches anmutige Spiel treiben die freistehenden Säulen und die Pilaster! Mit welchem freiem Bewußtsein hat Semper die Gemälde-Galerie als Stockwerksbau geplant und wie sorgsam hat er sich davor gehütet, die Stockwerke zusammen zu ziehen und ihnen etwa eine gemeinsame Stützen-Gliederung zu geben! Daß die Galerie die unglückliche Lage eines die Ostflügel des Zwingers verbindenden, die stolze Platzweite unterbrechenden Querbaues erhalten hat, ist nicht die Schuld Sempers, der, wie wir S. 235 des Jahrganges 1920 darstellten, Größeres, Gewaltigeres geplant hatte, aber durch den parlamentarischen Bürokratismus hier in der gleichen

Weise daran gehindert wurde, wie sich später die großen Pläne Sempers für die Gasteig-Anlagen Münchens zum ewigen Nachteil dieser Stadt zerschlugen. Aber, was Semper wollte, läßt sich auch so deutlich genug erkennen. Er war sich seiner künstlerischen Pflichten gegenüber den Zwingerbauten voll und bewusst. Nun kann man ja sagen, die Zwinger-Bastei mit ihren nicht

einen erwünschten Uebergang dar von der Auflösung aller Massen bei dem Werk Pöppelmanns zu der Konzentration aller Massen in den Magazinbauten der geplanten Museen. Gewiß! Falls das Marstall-Gelände seinem durch den Wettbewerb bestimmten Zweck zugeführt wird, kommt der neuen Gemälde-Galerie die Aufgabe einer Vermittlung von noch jetzt nicht geahn-



Gesamt-Ansicht aus der Vogelschau.



Entwurf mit dem Kennwort „Freya“. Verfasser: Dipl.-Ing. Richard Fuchs in Karlsruhe.

unerheblichen Höhen lasse einen unmittelbaren Vergleich der nördlichen Zwingerteile mit den geplanten Neubauten nicht zu; andererseits stelle die geplante neue Gemälde-Galerie östlich des Zwingerteiches mit ihrer zurückhaltenden Architektur, ihren in bescheidenen Maßen gehaltenen sparsamen architektonischen Gliederungen und ihrem vorherrschenden Flächen-Charakter

ter Bedeutung zu. Immerhin jedoch klafft hier ein Riß, der am Deutlichsten erkannt wird, wenn man die Gesamtpläne Pöppelmanns für die Anlagen, von denen der heutige Zwinger nur ein kleiner Teil ist, vergleicht mit den ernstesten Planungen des Wettbewerbes. Bei Pöppelmann ein großer, einheitlicher Baugedanke für einen aus dem Zeitgeist heraus geborenen Bauinhalt, hier die

Nebeneinanderstellung zweier heterogener Baugruppen mit verschiedener Bestimmung und mit verschiedenen Anforderungen an die architektonischen Ausdrucksmittel. Es kann sein, daß sich hierzu Stimmen erheben, welche dieser Frage nicht die Bedeutung beilegen, die wir ihr beizulegen geneigt sind. Sie seien auf den Gegensatz hingewiesen der entstanden ist zwischen den westlichen Zwingerbauten und den hochgetürmten Massen der gegenüber liegenden Bauten der Ostra-Allee. Immerhin hätte die baldige Bebauung des Marstall-

länden den Vorteil, daß man sich in Dresden über die Gestaltung des gesamten Geländes zwischen Friedrich August- und Marien-Brücke einerseits und der Ostra-Allee andererseits als eines einheitlichen geheiligten Bezirks mit Beziehungen zum Japanischen Palais und seiner Umgebung schon jetzt klar werden müßte, um das nachzuholen, was durch das mangelnde Verständnis Erlweins für den Theater-Platz auf unabsehbare Zeit leider vereitelt worden und verloren gegangen ist. Sollte das nicht eine eindringliche Lehre für die Zukunft sein? —

(Fortsetzung folgt.)

### Eine Gartenstadt am Aniene bei Rom.



ier Kilometer vor den Mauern Roms, zwischen der Stadt und dem Gebirge, ist rechts und links der Via Nomentana, welche von der Porta Pia ausgehend die Campagna in der Richtung nach Nordosten durchquert, eine Gartenstadt im Entstehen begriffen, welche so- der Größe des Planes, als auch wegen der eigenartigen Organisation des ganzen Unternehmens eines besonderen Interesses auch außerhalb der Grenzen Italiens würdig ist.

Der Wohnungsmangel macht sich in Italien nicht weniger fühlbar als bei uns; da aber die Uebertreibung der Baukosten gegenüber dem Frieden nur etwa 600 % beträgt, so hat man die Bautätigkeit in großem Umfang wieder aufgenommen und rings um die Kapitale herum sieht man neue Stadtviertel entstehen, welche teils mit Mietpalästen, teils mit Villen, teils mit sogenannten Volkshäusern, d. i. mit ein- bis zweistöckigen Reihenhäusern für Arbeiterwohnungen überbaut sind. Man bemerkt jedoch, daß es noch selten der einzelne Privatmann ist, der baut, sondern fast immer cooperative Baugesellschaften mehr oder weniger sozialen Charakters. Insbesondere sind es die Verbände der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates, welche ihren Mitgliedern entweder ein eigenes Haus oder doch wenigstens bequemere hygienische Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zu verschaffen suchen. Der Staat und die Gemeinde unterstützen in verständnisvoller Weise diese Unternehmungen, von welchen die bedeutendste eben die Gartenstadt am Aniene ist, welche sich über ein Gelände von 7 000 000 qm erstrecken und von über 17 000 Einwohnern bevölkert sein wird.

Der Grund und Boden, das bekannte, erst in neuester Zeit landwirtschaftlich etwas mehr ausgenutzte Weideland der Campagna, wurde durch Regierungsdekret enteignet gegen eine Entschädigung von etwa 0,75 Lire für 1 qm an die Eigentümer. Bereits vor einiger Zeit wurde es der die ganzen Arbeiten leitenden Baugesellschaft „Unione Edilizia Nazionale“ übergeben. Es umfaßt sieben Hügel mit den dazwischen liegenden Tälern, worauf sieben wahrscheinlich ziemlich selbständige Quartiere erstehen werden, da die feuchten Talzonen vorläufig nicht für die Ueberbauungen vorgesehen sind. Abzüglich dieser Zonen umfassen die sieben Viertel noch 4 390 000 qm, von welchen 3 396 000 qm wirklich nutzbar sind. Die auf dem Gelände befindlichen historischen und landschaftlichen Denkmäler werden sorgfältig geschont werden. Mit den vorbereitenden Arbeiten wurde sofort begonnen; für die Heranschaffung des Baumaterials wird ein besonderer Eisenbahnstrang angelegt, eine neue Brücke über den Aniene ist im Bau, talwärts von dem für den zunehmenden Verkehr zu schmalen, mittelalterlichen, zinnenbekrönten Ponte Nomentano. Außerdem sieht man Erdbeer- bewegungsarbeiten und einige der Vollendung nahe Modellhäuser auf dem Colle fiscale, dem der Hauptstadt nächsten und am bequemsten zugänglichen Hügel. Er wird als erster überbaut werden nach einem bereits feststehenden Bebauungsplan, der ihn gewissermaßen zum Haupt der ganzen Gartenstadt macht. Die neue Brücke führt auf ihn zu und in ihrer Verlängerung wird ein geräumiger Platz mit der Kirche und öffentlichen Bauten entstehen. Die Hauptzugangsstraßen zu den übrigen Vierteln werden von hier ausgehen, ebenso wie die Trambahnlinien nach Rom. Aus dem Bebauungsplan ist ferner ersichtlich, daß die Straßen im Allgemeinen den Kurven des Geländes folgen werden, welches in Grundstücke von 500—1000 qm aufgeteilt wird. Es wird fast durchweg offene Bebauung mit einzelnen, zweistöckigen Villen in Anwendung kommen. Diese werden enthalten: zwei Kellerräume, zwei bis fünf Zimmer im Geschoß und ein Dach, welches teilweise mit Ziegeln gedeckt, teilweise als Terrasse ausgebildet ist. Hier und da sind auch Doppelhäuser vorgesehen, jedoch sind Reihenhäuser und periphere Bebauung ganzer Quadrate mit nach innen gelegenen Hofgärten erst für die später zu bebauenden Hügel geplant. Das Baumaterial ist Tuff, Backstein und gelegentlich Eisenbeton mit Zwischenwänden aus Backstein oder anderem Material. Tuff und Puzzolanerde werden beide am

Ort selbst und in ausgezeichnete Qualität gewonnen. Die Baukosten für den beschriebenen Villentyp werden auf 1000—1100 Lire für 1 qm überbauter Grundfläche veranschlagt, ohne die Kosten der Straßenherstellung, welche jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach von der Stadtgemeinde Rom getragen werden. Die Gelände-Verteilung für den ersten Hügel ist wie folgt geplant:

1. Plätze	45 535 qm
2. Straßen:	
6 m breit	38 928 qm
8 „	37 432 „
12 „	29 556 „
16 „	53 936 „
20 „	10 440 „
25 „	5 550 „
	zusammen: 175 842 qm
3. Öffentliche Gärten	5 048 „
4. Bauplätze:	
a) Einzelvillen	616 460 qm
b) Reihenhäuser	27 350 „
c) Öffentl. Gebäude	15 578 „
d) Markt	3 746 „
e) Kirche	2 075 „
f) Naturtheater	2 550 „
g) Sportplatz	47 500 „
h) Verfügbar	5 180 „
	zusammen: 720 439 qm
	Territorium des I. Quartiers 946 864 qm

Das Problem der Organisation und der Finanzierung eines so großen Unternehmens ist stets äußerst interessant. In unserem Fall handelt es sich ausschließlich um ein von Beamten und Arbeitern des Staates ausgehendes und zunächst diesen Klassen zu gut kommendes soziales Werk. Ihnen hat der Staat zu einem äußerst geringen Zinsfuß (wenig mehr als 2 %) das Kapital zum Bau eigener Häuser vorgeschossen und hält nun von dem monatlichen Gehalt Zinsen und Amortisationsraten zurück; zur Sicherheit bleibt er Besitzer des Hauses bis zur Abzahlung der Schuld. Im sozialen Interesse verzichtet er nicht nur auf einen normalen Zinsfuß, sondern er ist auch durch besondere Maßnahmen auf eine mögliche Herabsetzung der Baukosten bedacht. Zu diesem Zweck hat er die technische und administrative Leitung des Gartenstadtbaues der „Unione Edilizia Nazionale“ anvertraut, einer vom Staat selbst ins Leben gerufenen Baugenossenschaft, deren leitende Kräfte ehemalige zu diesem besonderen Zweck abberufene Staatsbeamte sind. Gegründet wurde diese Genossenschaft anläßlich des Wiederaufbaues der von Erdbeben heimgesuchten Gebiete. Sie kann somit zwar als ein Zweig der Staatsverwaltung angesehen werden, arbeitet jedoch kaufmännisch selbständig, indem sie etwa 6 % der Kosten der von ihr geleiteten Bauunternehmungen als festes Anrecht für sich in Anspruch nimmt. In ihrem Verwaltungsrat sind jedoch die verschiedenen an den sozialen Werken, die durch sie zur Ausführung gelangen, interessierten Staatsminister vertreten. Die „Unione Edilizia Nazionale“ würde zwar mit ihrem Stab von Ingenieuren und Architekten allein den Anforderungen des Gartenstadtbaues genügen können, sie hat jedoch auch private Baufirmen eingeladen, mit Entwürfen und Anschlägen an dem Unternehmen mitzuwirken im Rahmen des von ihr ausgearbeiteten Programmes. Für die praktische Ausführung bedient sie sich der „Federazione Nazionale delle Cooperative Produzione e Lavoro“, welche nichts Anderes ist als eine Arbeitsgenossenschaft der Bauhandwerker und Bauarbeiter. Diese Vereinigung, welche über Werkstätten, Baumaterial, Gerüste usw. verfügt, stellt der Oberleitung des Gartenstadt-Unternehmens je nach Bedarf die Scharen ihrer Arbeiter und Handwerker zur Verfügung und übernimmt zugleich einen Teil der örtlichen Bauaufsicht, da sie auch über Vorarbeiter, Techniker und Zeichner verfügt. Sie hat insbesondere den Zweck, den Bauhandwerker und Bauarbeiter vom Unternehmer unabhängig zu machen. Den Arbeitslohn setzt die „Camera del Lavoro“ in Rom fest, worauf die „Federazione delle Cooperative usw.“ noch einen Zuschlag von 5 % für die Kosten ihrer Selbstverwaltung erhebt. Die Möglichkeit eines unreellen

Unternehmer-Gewinnes auf Kosten einerseits des Arbeiters oder andererseits des Bauherrn ist dadurch ausgeschaltet. In seiner Gesamtheit erscheint das für die Gartenstadt am Aniene angewandte System äußerst günstig für den einzelnen Besitzer der Häuser, denn er genießt den Vorteil, daß ihm Kapital zu geringem Zinsfuß, daß ihm ein Grundstück zu geringem Preis gegeben wird. Schliesslich wird ihm noch besonders billig gebaut, weil Stadt und Staat sein Unternehmen begünstigen und weil bei der Größe der Gesamtanlage und durch die sparsame Organisation für den Einzelnen wesentliche finanzielle Vorteile entstehen. Es liegt

run aber eine gewisse Ungerechtigkeit darin, daß diese nur den Staatsangestellten zugut kommen sollen; um aber eine solche Bevorzugung wenigstens teilweise wieder auszugleichen, wurde ein Teil des Geländes der Gartenstadt den Kooperationen der freien Arbeiter und der freien Professionisten vorbehalten. Der Privatmann, der sich in der neuen Stadt ansiedeln will, muß sich an diese Cooperativen wenden, bei welchen an Stelle des Staates als Geldgeber ein Konsortium von Banken tritt, welche sich ihrerseits durch Hypotheken auf die Neubauten decken. —  
Regierungsbaumeister Dr. Otto Stein, Rom, Isola Farnese.

### Das Schlußstück des Mittelland-Kanales.

Nach den Beschlüssen der preuß. Verfassung gebenden Landesversammlung vom 4. Dezember 1920.



ährend vor dem Krieg der Kampf der Parteien sich um die Frage drehte, ob das Schlußstück des Mittelland-Kanales von der Weser zur Elbe überhaupt gebaut werden sollte, hat sich während des Krieges mehr und mehr die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Ausschaltung dieses Verbindungsstückes des west- und ostpreussischen Wasserstraßennetzes ein schwerer Fehler gewesen ist, daß es im wirtschaftlichen Gesamtinteresse nicht nur Preußens sondern Deutschlands überhaupt gebaut werden müsse, und es handelte sich in der Hauptsache nun nur noch um die Frage, welche der verschiedenen vorgeschlagenen Linienführungen die vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkt vorteilhafteste und bauwürdigste sei. Bereits im März 1918 hat das preuß. Abgeordnetenhaus von der Regierung die baldige Vorlage eines solchen Entwurfes verlangt und die Landesversammlung hat diese Forderung wieder aufgenommen.

Am 1. Februar 1920 hat die preuß. Regierung dann eine Denkschrift der Öffentlichkeit übergeben, in der die Vorzüge und Nachteile der verschiedenen Linienführungen einander gegenüber gestellt wurden, ohne daß sich die Regierung für eine bestimmte Linienführung selbst entschieden hätte, wenn auch eine gewisse Vorliebe für die sog. „Südlinie“ daraus hervorzugehen schien. Es sind dann die Beteiligten, vor allem die zuständigen Wasserstraßen-Beiräte gehört worden und ebenso hat die preuß. Regierung mit denjenigen Ländern verhandelt, die von dem Unternehmen unmittelbar oder mittelbar berührt werden, d. h. mit den Regierungen von Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und der drei Hansestädte.

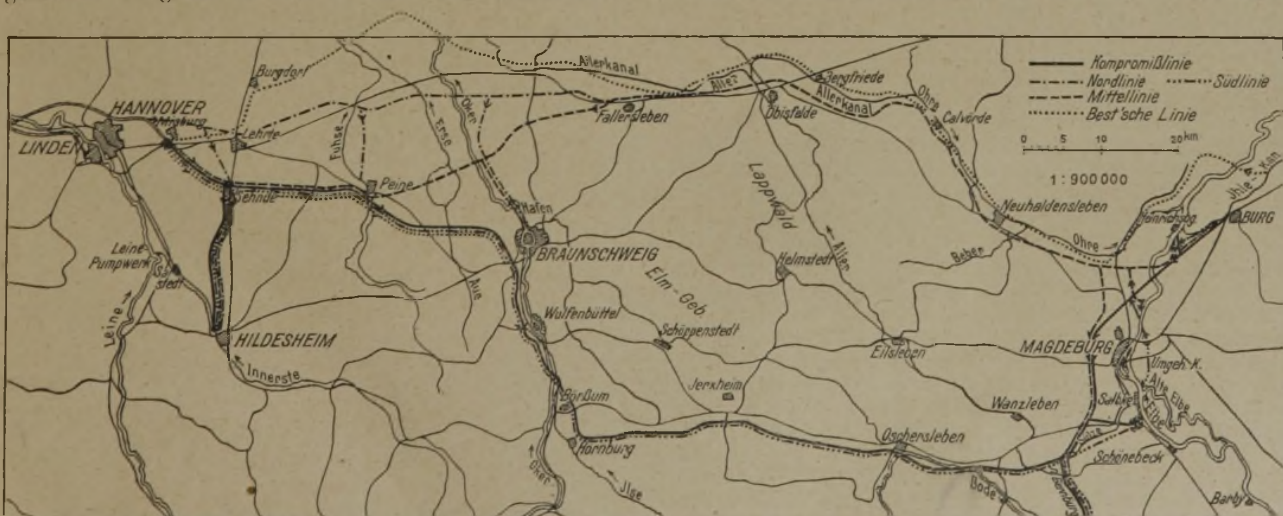
Auf Grund dieser Verhandlungen ist dann der Gesetzentwurf vom 1. Juli 1920 entstanden „betr. die Vervollständigung des Mittellandkanales und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an anderen Wasserstraßen“, in denen sich die preuß. Regierung nunmehr für die sog. „Mittellinie“ als der „den preuß. Interessen am meisten entsprechenden, ohne irgendwelche allgemeine deutsche Interessen zu schädigen oder ihrer späteren Förderung vorzugreifen“, aussprach. Da diese Linie sich nach den angestellten Berechnungen aus den Kanaleinnahmen verzins und überdies die geringsten Baukosten erfordere, sei sie auch in finanzieller Beziehung als die vorteilhafteste anzusehen. Für ihre Durchführung wurde, nach Friedenspreisen berechnet, eine Kostensumme von 306 040 000 M. gefordert, wobei den beteiligten Ländern, Provinzen oder anderen öffentlichen Verbänden gewisse Garantieverpflichtungen hinsichtlich der Aufbringung der durch Schiffsabgaben und sonstige Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben für Betriebs- und Unterhaltungskosten,

sowie für Verzinsung und Tilgung der Baukosten auferlegt werden sollten.

Diese Gesetzesvorlage ist nun mit allerdings nicht unwesentlichen Änderungen und Ergänzungen, durch die ein Ausgleich bestehender wirtschafts-politischer Gegensätze herbeigeführt werden konnte und durch die die Gesamtforderung um 130 Mill. M., d. h. auf 436 040 000 M. answillt (wieder nach Friedenspreisen berechnet) am 4. Dezember durch die preuß. Verfassung gebende Landesversammlung in 3. Lesung einstimmig angenommen worden, sodaß vorbehaltlich der endgültigen Uebernahme der Garantieverpflichtungen durch die Beteiligten und der Zustimmung des Reiches, an das ja bekanntlich am 1. April 1921 die Wasserstraßen fallen, die Durchführung des Mittellandkanales nunmehr zur Tatsache werden soll, denn an einem glücklichen Abschluß dieser Verhandlungen ist nunmehr wohl nicht zu zweifeln.

Es soll hier nicht auf die ganzen Wandlungen eingegangen werden, die der Entwurf in der Linienführung durchgemacht hat. Um die Bedeutung der jetzt beschlossenen Linienführung klar zu legen, sind jedoch in der beigegebenen Zusammenstellung nach dem dem Gesetzentwurf beigegebenen Plan die 5 in Betracht gekommenen Linienführungen einander gegenüber gestellt. Es sind das namentlich die „Nordlinie“, die den Kanalvorlagen von 1899 und 1901 zugrunde lag, die „Südlinie“, die bereits bei den ersten Entwurfsaufstellungen 1866 erwogen und 1912 neu in Vorschlag gebracht wurde (Havestadt & Contag), die „Mittellinie“, die einen Ausgleich zwischen den Vor- und Nachteilen der beiden erstgenannten Linien herbeiführen will und auch von O. Franzius befürwortet worden ist. Eingezeichnet ist auch der Best'sche, sog. schleusenlose Kanal, der sich in der Linienführung ziemlich der Nordlinie anschließt, aber nur 1 Schleuse besitzt, jedoch wegen seines schweren Eingriffes in die Grundwasser-Verhältnisse schon im Interesse der Landeskultur ausscheiden mußte; schließlich der sog. „Kompromiß-Entwurf“ der preuß. Akademie des Bauwesens, der sich der Südlinie ziemlich anpaßt, aber die Vorteile der Mittel- und Südlinie mit einander zu verbinden sucht.

Die Nordlinie ist die kürzeste, in technischer Beziehung und für den Durchgangsverkehr allein betrachtet günstigste, durchzieht aber Gegenden, die in gewerblicher Beziehung z. Zt. von geringer Bedeutung sind und auch nicht die Vorbedingungen zu späterer Entwicklungsfähigkeit besitzen. Die technisch weniger günstige Südlinie ist nach dieser Richtung wesentlich vorteilhafter, da sie wichtige Städte usw. unmittelbar berührt und gewerblich gut entwickelte oder noch entwicklungsfähige Landstriche erschließt auch im südlichen Teil der Provinz Sachsen und in Anhalt. Für den Durchgangsverkehr bedeutet sie aber einen



Lageplan des Schlußstückes des Mittelland-Kanales mit Eintragung der verschiedenen, miteinander in Wettbewerb gestellten Linien.

Umweg und die bei ihr vorgesehene Einführung des Kanalverkehrs in die Elbe hat ihre großen Nachteile. Die Mittellinie schließlich behält die wesentlichsten Vorteile der Nordlinie bei, ohne die der Südlinie ganz preiszugeben. Der Konflikt zwischen Kanal- und Elbe-Verkehr wird hier, wie bei der Nordlinie durch Ueberführung des Kanals auf hoher Brücke über den Fluß aufgehoben.

Von den gehörten Wasserstraßen-Beiräten hat sich nur der Weser-Wasserstraßen-Beirat für die Südlinie ausgesprochen, während die übrigen 5 Bezirks-Wasserstraßen-Beiräte in Breslau, Berlin, Coblenz, Magdeburg und Münster sich für die Mittellinie erklärt haben. Für die Südlinie hatten sich dagegen die Regierungen von Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt und Bremen eingesetzt, während man sich in Hamburg und Lübeck mehr von der Mittellinie versprach. Die preuß. Regierung hat dann mit der schon mitgeteilten Begründung die Mittellinie der Gesetzesvorlage zugrunde gelegt.

Diese sah in ihrer ursprünglichen Fassung in § 1 vor:

1. Die Herstellung eines Schiffahrtskanales im Anschluß an den Rhein-Weser-Kanal von Misburg über Oebisfelde bis Burg mit Zweigkanälen nach Hildesheim und Braunschweig, mit einem Abstieg zu Elbe bei Rothensee nebst Zweigkanal zum Hafen Rothensee, mit einer Elbverbindung bei Niegrüpp und mit sonstigen Nebenanlagen . . . . .	Kostensumme	242 800 000 M.
2. Den Ausbau des Ihle- und Plauer-Kanales . . . . .	Kostensumme	25 240 000 M.
3. Den Ausbau des Oder-Spree-Kanales . . . . .	Kostensumme	18 000 000 M.
4. Verbesserung der Landeskultur . . . . .	Kostensumme	10 000 000 M.
5. Erwerb von Grundstücken zur Erreichung der mit 1—3 in Verbindung stehenden staatlichen Zwecke . . . . .		10 000 000 M.
	Zusammen	306 040 000 M.

Die Absätze zu 2—5 des Gesetzentwurfes sind unverändert angenommen, zu 1 ist aber ein wichtiger Absatz 2 neu hinzugefügt, der eine Verbindung des Hauptkanales unter Benutzung der Elbe und Saale mit dem Wirtschaftsgebiet der oberen Saale bis in die Gegend von Kreypau zur Ermöglichung eines Anschluß-Kanales nach Leipzig mit einem Kostenaufwand von 100 Mill. M. vorsieht, und als Folge dieser Ergänzung ist ein ganz neuer Punkt 6 hinzugefügt, nach dem eine Beteiligung an Gesell-

schaften für Herstellung von Harz- und Saale-Talsperren mit Kraftanlagen mit 30 Mill. M. vorgesehen wird. Diese Gesellschaft soll von Preußen, Braunschweig, dem Reich und anderen Beteiligten gebildet werden. Sie soll auch den Bau von Talsperren im Harz an Bode, Ecker und Oker mit bewirken, wofür ein Betrag von 11,4 Mill. M. in dem zu 1 vorgesehenen Gesamtbetrag von 242,8 Mill. M. mit enthalten ist.

Durch diese Ergänzungen der Vorlage wurde der Widerstand der Anhänger der Südlinie im Ausschuß der Landesversammlung und bei weiteren Verhandlungen mit den betr. Regierungen auch deren Widerspruch beseitigt, denn es wird nun die Forderung der leichten Anschlußmöglichkeit des sächsisch-thüringischen Industriegebietes wieder erreicht, die von der Südlinie geboten wurde. Der Bau der Harz-Talsperren, die namentlich von Braunschweig gewünscht wurden, ist nun gesichert, und der Bau der Saale-Talsperren, die eine Befahrung der Elbe von der Saale bis Niegrüpp mit 1000 t-Schiffen auch bei Niedrigwasser möglich machen sollen, liefert zugleich elektrischen Strom für ausgedehnte Gebiete. So wird allen berechtigten Wünschen bis zu gewissem Grad entgegen gekommen, sodaß die ergänzte Vorlage als ein annehmbares Kompromiß von allen Seiten anerkannt wurde.

Der Minister Oeser hat bei den Beratungen am 4. Dezember in Aussicht gestellt, daß außer den bereits seit längerem in Ausführung begriffenen Arbeiten auf den Strecken Hannover-Hildesheim und Hannover-Peine, die Ausführung des Kanals als Notstandsarbeit bei Braunschweig und am Umgehungs kanal bei Magdeburg sofort in Angriff genommen werden solle.

In engem Zusammenhang mit dem Mittelland-Kanal steht die am gleichen Tage von der preuß. Landesversammlung angenommene Gesetzesvorlage für die Verbesserung der Oder-Wasserstraße unterhalb Breslau, da die Oder-Wasserstraße über den Oder-Spree-Kanal in mittelbare Verbindung mit diesem und dem westlichen Wasserstraßennetz tritt. Dieses Gesetz fügt zu den bereits durch Gesetz vom 30. Juni 1913 für die Verbesserung der Oder-Wasserstraße vorgesehenen Mitteln den Betrag von 40 Mill. M. hinzu, durch den eine weitere Vertiefung der Fahrinne und die Vergrößerung des Stauinhaltes des bei Ottmachau zu errichtenden Staubeckens bewirkt werden soll. Auch diese Arbeiten sollen nach Zusage des Ministers als Notstandsarbeiten baldigst in Angriff genommen werden. —

Fr. E.

### Tote.

**Architekt Wilhelm Vittali †.** In Karlsruhe ist in der Nacht zum 20. Dez. 1920 der Architekt Wilhelm Vittali im Alter von 61 Jahren einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene war einer der vielbeschäftigsten Architekten des badischen Landes und spielte, auch als 1. Vorsitzender des „Badischen Kunstgewerbe-Vereins“, eine einflußreiche Rolle im badischen Kunstleben. Ueber die Art seiner künstlerischen Auffassung sind die Leser der „Deutschen Bauzeitung“ durch das in No. 34 u. 35 des Jahrganges 1920 veröffentlichte Wohnhaus Eicheneck in Karlsruhe unterrichtet. Er arbeitete einige Zeit gemeinsam mit Hermann Billing in Karlsruhe, aus welcher Gemeinschaft eine Reihe größerer Bauten, vor allem Hotelbauten, hervorgegangen sind. In Wettbewerben war der Verstorbene wiederholt erfolgreich. Sein größter Erfolg für ihn war die ihm nach einem Sieg im Wettbewerb von der Stadt Karlsruhe übertragene Gestaltung des Vorplatzes zum neuen Haupt-Bahnhof daselbst und zu dem zum Bahnhof führenden neuen Straßen. Die Stadt übertrug ihm auch eine Reihe neuer Bauten für den Stadtgarten und die architektonische Gestaltung der Umwehrung dieser schönen Garten-Anlage. Auch im übrigen badischen Land war Vittali erfolgreich tätig. Seine Kunst war keine stürmisch vorwärts schreitende, sondern eine bedachtsam erwägende. Er war ein Vertreter der an die italienische Hochrenaissance sich anlehenden Stilarten. Eine gewisse Monumentalität kam seiner Art jedoch nicht abgesprochen werden. Er war jedenfalls ein ernster und ernst zu nehmender Künstler. —

**Geheimer Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Otto von Steinbeis †.** In Brannenburg bei Rosenheim am Inn ist am Morgen des 27. Dez. 1920 der Groß-Industrielle der bayerischen Holzindustrie, Otto von Steinbeis im Alter von 82 Jahren nach kurzem Leiden gestorben. Für die Welt der Technik besteht seine Bedeutung darin, daß es seiner Tatkraft gelungen ist, die einzige Bergbahn auf bayerischem Gebiet, die Bahn auf den Wendelstein, zu erbauen. Steinbeis war ein Vorbild deutschen Unternehmer-Geistes. In Anerkennung seiner vielen und großen Verdienste um den Fortschritt in der Technik hatte ihm die Technische Hochschule in München die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

### Wettbewerbe.

**Wettbewerb für ein Deckengemälde der St. Antonius-Kirche zu Ingolstadt.** In dem Wettbewerb für ein Deckengemälde in der St. Antonius-Kirche zu Ingolstadt, für das aus Staatsmitteln 14 000 M. zur Verfügung gestellt worden sind, sind, wie wir in Ergänzung der kurzen Mitteilung S. 500 berichten können, 29 Entwürfe eingelaufen. Das Preisgericht schlug den Entwurf mit dem Kennwort „Ali“ zur Ausführung vor unter dem Vorbehalt, daß der Künstler noch befriedigende Einzelskizzen einliefert. Die Entwürfe „November A“, „Barock“, „Etwa“ und „Papst Gregor IX.“ wurden für Geldpreise von je 500 M. vorgeschlagen. Als Urheber der Entwürfe ergaben sich: Entwurf „Ali“ D. Thalheimer in München, Entwurf „November A“ Alois Miller in München, Entwurf „Barock“ Jos. Nickl in Freising, Entwurf „Etwa“ Otto Hämmerle in Solln, Entwurf „Papst Gregor IX.“ Hans Lasser in München. —

### Personal-Nachrichten.

Direktor Prof. Dr. Zahn vom Alten Museum in Berlin wurde zum Mitglied der Zentralkommission des Deutschen Archäologischen Institutes berufen. —

Der preuß. Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem Studienrat Prof. Dr. Fuchs durch Erlaß vom 27. Nov. 1920 einen Lehrauftrag über höhere Mathematik in der Abteilung für Allgemeine Wissenschaften der Techn. Hochschule in Charlottenburg mit Wirkung vom 1. Oktober d. Js. ab erteilt und den Doz. Hrn. Prof. Dr.-Ing. Lichtenstein an der Technischen Hochschule in Charlottenburg am 8. Dez. 1920 zum ordentl. Honorarprofessor in der Abteilung für Allgemeine Wissenschaft ernannt. —

Inhalt: Der allgemeine deutsche Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwurfs-Skizzen für das Deutsche Hygiene-Museum und die staatlichen naturwissenschaftlichen Museen in Dresden. — Eine Gartenstadt am Aniene bei Rom. — Das Schlußstück des Mittelland-Kanales. — Tote. — Wettbewerbe. — Personal-Nachrichten. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.